

# UMGANG MIT STÖRUNGEN AN INFO-/ WAHLKAMPFSTÄNDEN

## VORBEREITUNG

In der Planung eines Info- oder Wahlkampfstandes ist es sinnvoll, sich mögliche Bedrohungssituationen und Eskalationsstufen zu vergegenwärtigen und im Team durchzuspielen. Sprechen Sie über Sicherheitsbedenken und nehmen Sie alle Bedenken ernst! Es ist wichtig anzuerkennen, dass bedrohliche Situationen unterschiedlich erlebt werden und Reaktions- und Interventionsmöglichkeiten abhängig von individuellen Stärken und Ressourcen sind. Folgende Punkte helfen bei der Vorbereitung, um im Notfall gut reagieren zu können:

### 1. DIE SOZIALRAUMANALYSE

- Gibt es in dem Kiez Treffpunkte von Rechtspopulist\_innen, der rechtsextremen Szene oder finden regelmäßig Versammlungen mit verschwörungsideologischem Inhalt statt?
- Kam es an dem Standort in der Vergangenheit zu rassistischen Übergriffen oder rechtsextremer Propaganda? Hinweise geben die Chroniken der Opferberatungsstelle ReachOut, antifaschistischer Gruppen oder der bezirklichen Registerstellen.
- Führen andere Parteien dort Infostände durch?
- Welche zivilgesellschaftlichen Projekte und Initiativen, die sich kritisch mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus auseinandersetzen, gibt es vor Ort? Ist es sinnvoll, zu ihnen Kontakt aufzunehmen?

### 2. DIE GESTALTUNG DES INFOSTANDES

- Wie ist der Standort städtebaulich beschaffen? Existieren Rückzugsmöglichkeiten für den Notfall? Sinnvoll kann es beispielsweise sein, im Rücken des Standes eine Mauer o.ä. zu haben.

- Wo ist die nächste ÖPNV-Haltestelle?
- Welches Stand- bzw. Aktionsformat wird eingesetzt? Kann das Material im Notfall schnell zusammengepackt werden?
- Klären Sie die unterschiedlichen Rollen und die Anzahl der Personen. Es sollten mindestens drei Personen für die Standbetreuung zuständig sein. In Kiezen, in denen es bereits Vorfälle gab oder zu erwarten sind, sollten möglichst mindestens fünf Personen vor Ort sein.

### 3. ENTWICKLUNG VON NOTFALLSTRATEGIEN

- Welche Situationen sind als bedrohlich einzuschätzen?
- Welche Reaktionen oder Interventionen sind für das Team möglich und sinnvoll, und was trauen sich die Beteiligten persönlich zu?
- Welche Person übernimmt in bedrohlichen Situationen welche Aufgabe?
- In welcher Situation ist es notwendig, die Polizei zu informieren? Wer ist dafür zuständig?
- Unter welchen Umständen wird der Infostand abgebrochen? Wie kann die Abfahrt organisiert werden?

---

# UMGANG MIT RECHTEN STÖRUNGEN

## 1. REAKTIONEN AUF RECHTSEXTREME AUSSAGEN

Lassen Sie sich nicht auf einen Schlagabtausch auf der Ebene rechtsextremer oder rassistischer Parolen ein. Parolen sind nicht auf Dialog ausgerichtet und keiner sachlichen Auseinandersetzung zugänglich, weil ihnen kein offenes, sondern ein geschlossenes Diskussionsverhalten zugrunde liegt. Rassistische, antisemitische, sexistische, menschenverachtende und den Nationalsozialismus leugnende oder verharmlosende Äußerungen sollten jedoch nicht unwidersprochen stehen bleiben: Positionieren Sie sich klar und deutlich.

## 2. UMGANG MIT VERSCHWÖRUNGS-IDEOLOGISCHEN AUSSAGEN

Verschwörungsideologische Aussagen können verschiedene Themen, wie etwa den Klimawandel, die Corona-Pandemie oder Migration zum Inhalt haben. Ihnen liegt ein dualistisches Weltbild („Gut gegen Böse“) und die Annahme einer „geheimen Macht“ zugrunde, die im Hintergrund das Geschehen steuert. Verschwörungsideolog\_innen lehnen meist etablierte Medien, wissenschaftliche Institutionen sowie demokratische Parteien ab. Diese Ablehnung kann sich auch in Aggressionen oder Gewalt gegenüber Vertreter\_innen von z.B. Parteien äußern. Deshalb kann eine sachliche Diskussion mit Verschwörungsideolog\_innen am Info- oder Wahlkampfstand schwer sein, insbesondere wenn das verschwörungsideologische Weltbild des Gegenübers bereits gefestigt ist. Dennoch gilt auch hier: Menschenverachtende Aussagen sollten nicht unwidersprochen bleiben.

---

## INTERVENTION IM NOTFALL

Orientieren Sie sich an den Kriterien und Indikatoren, die Sie im Team im Vorfeld entwickelt und festgelegt haben. Sollten Sie sich entscheiden, den Infostand abzubauen, dann achten Sie darauf, dass das Team geschlossen den Standort verlässt und keine Person allein zurückgelassen wird. Informieren Sie Personen, die

## 3. UMGANG MIT PÖBELEIEN UND EINSCHÜCHTERUNGEN

Gehen Sie nicht inhaltlich auf Pöbeleien und Provokationen ein. Versuchen Sie, möglichst selbstsicher, bestimmt und ruhig zu agieren. Formulieren Sie kurze und eindeutige Aussagen oder Aufforderungen. Lassen Sie sich nicht auf Diskussionen ein, sondern verdeutlichen Sie die (strafrechtlichen) Konsequenzen bei Nichtbefolgen Ihrer Aufforderungen. Bleiben Sie sachlich und sprechen Sie die Personen immer in der Sie-Form an: Durch diese verbale Distanz gehen Sie zu ihrem Gegenüber auf Abstand. Vermeiden Sie Aggressivität, aufgesetzten Humor, Ironie, höfliches Bitten oder verbale Unterwerfung. Sie erreichen mehr, wenn Sie das Geschehen so aktiv und selbstbewusst wie möglich bestimmen. Sobald Sie den Eindruck haben, dass Sie eingeschüchtert werden sollen, verständigen Sie mögliche Unterstützer\_innen und rufen Sie ggf. die Polizei.

## 4. FOTOS UND RECHT AM EIGENEN BILD

Im Rahmen von öffentlichen Versammlungen und auch bei der Durchführung eines Infostandes ist das Recht am eigenen Bild eingeschränkt. Zwar dürfen keine Porträtaufnahmen einzelner Personen aus dem Team gemacht werden, aber sowohl der Stand als auch die Personen in unmittelbarer Nähe des Standes dürfen fotografiert werden.

## 5. ENTWENDUNG VON INFOMATERIAL

So lange das Infomaterial der Partei auf dem Stand liegt, handelt es sich um Ihr Eigentum. Erst wenn das Material direkt an andere Personen übergeben wird, gilt das nicht mehr. Machen Sie bei unerwünschter Entwendung von Material deutlich, dass es sich um Ihr Eigentum handelt und verständigen Sie ggf. die Polizei, um Anzeige zu erstatten.

später dazu kommen wollten. Niemand sollte allein den Heimweg antreten. Seien Sie, falls möglich, mit eigenen Fahrzeugen vor Ort oder lassen Sie sich von der Polizei zum ÖPNV begleiten. Vergewissern Sie sich anschließend, dass alle am Stand Beteiligten sicher zu Hause angekommen sind.

---

# NACHBEREITUNG

Ist es zu Bedrohungen oder Störungen am Info- oder Wahlkampfstand gekommen, ist eine Nachbereitung ebenso wichtig, wie es die gute Vorbereitung gewesen war. Der Austausch über das Erlebte hilft den Betroffenen, ihre Erfahrungen zu verarbeiten und handlungssicherer zu werden. Das Zusammentragen, Dokumentieren und Weitergeben von Erfahrungen und Informationen ist für andere Engagierte und für die Vorbereitung weiterer Aktionen hilfreich.

## 1. AUSWERTUNG IM TEAM

- Waren Sie mit der Durchführung des Infostandes und dem Verhalten des Teams zufrieden? Haben die vorab getroffenen Absprachen funktioniert?
- Wie haben Sie sich gefühlt? An welchen Punkten waren Sie persönlich verunsichert?
- Waren Sie mit Ihrem Auftreten und Verhalten zufrieden? Können gute Erfahrungen an andere weitergegeben werden?
- Haben Sie den Eindruck, dass Sie Ihre Haltung/Positionierung auch an umstehende Personen vermitteln konnten?
- An welchen Punkten sehen Sie Verbesserungsbedarf?

## 2. DOKUMENTATION DES ERLEBTEN

- Vorbereitung und Durchführung des Infostandes sowie die Auswertung sollten dokumentiert werden.
- Wenn es zu Pöbeleien oder gar Bedrohungen durch Rassist\_innen, Rechtsextreme oder Verschwörungsideolog\_innen gekommen sein sollte, teilen Sie dies Ihren Parteistrukturen, den lokalen Registerstellen und bei Beratungsbedarf auch der MBR mit.
- Schreiben Sie in diesem Fall unmittelbar nach dem Geschehen ein kurzes Gedächtnisprotokoll: Wie viele Personen waren vor Ort? Wie war die Erscheinung und das Auftreten der Personen? Wie würden Sie deren Aussagen ideologisch und inhaltlich einordnen? Welche Argumentationsstrategien/-techniken verfolgten die Personen?

## 3. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Falls sinnvoll oder notwendig, kann eine Pressemitteilung über die Zwischenfälle herausgegeben werden. Auch die Sozialen Medien bieten Möglichkeiten, Vorfälle zu thematisieren und Öffentlichkeit herzustellen.

---

## WEITERFÜHRENDE INFOS

Auf der Homepage der MBR finden Sie verschiedene Publikationen, die weiterführende Informationen zum Thema enthalten. Dazu gehören:

### MBR:

Wachsam sein! – Zum Umgang mit rechten und rechtsextremen Einschüchterungen und Bedrohungen

### BMB/VBRG:

Bedroht zu werden, gehört NICHT zum Mandat! – Ein Ratgeber zum Umgang mit rechten Bedrohungen und Angriffen für Kommunalpolitiker\*innen und die Kommunalverwaltung

Die Publikationen können unter folgendem Link abgerufen werden:

[mbr-berlin.de/publikationen-und-handreichungen](http://mbr-berlin.de/publikationen-und-handreichungen)



# KONTAKT

## FÜR BERLIN:

**Mobile Beratung gegen  
Rechtsextremismus Berlin (MBR)**  
Gleimstr. 31 / 10437 Berlin  
T 030 817 98 58 10 / F 030 817 98 58 29  
info@mbr-berlin.de  
mbr-berlin.de

**ReachOut**  
Beratung für Opfer rechter, rassistischer  
und antisemitischer Gewalt  
T 030 695 68 339  
info@reachoutberlin.de  
reachoutberlin.de

**Berliner Registerstellen**  
info@berliner-register.de  
berliner-register.de

## BUNDESWEIT:

**Bundesverband Mobile Beratung e.V. (BMB)**  
kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de  
www.bundesverband-mobile-beratung.de  
Beratungsstellen in den einzelnen Bundesländern:  
bundesverband-mobile-beratung.de/angebote/vor-ort/

**Verband der Beratungsstellen für  
Betroffene rechter, rassistischer und  
antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG)**  
info@verband-brg.de  
verband-brg.de  
Beratungsstellen in den einzelnen Bundesländern:  
verband-brg.de/ueber-uns/#mitglieder

**MOBILE BERATUNG GEGEN  
RECHTSEXTREMISMUS BERLIN (MBR)**  
Gleimstraße 31 | 10437 Berlin  
030 817 985 810 | info@mbr-berlin.de  
mbr-berlin.de | facebook.de/mbrberlin  
1. Auflage, 2021

Die MBR ist ein Projekt des »Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V.« (VDK) und wird gefördert im Rahmen des Landesprogramms »Demokratie.Vielfalt. Respekt. – Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus« der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung sowie durch das Bundesprogramm »Demokratie leben!« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

